

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

26.01.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Lubmin: Grüne fordern Untersuchung von Castoren im Zwischenlager</b> <i>ndr.de, 26.01.2022</i> .....	3
2   <b>Atomkraft – nein danke?</b> <i>Freie Presse - Chemnitzer Zeitung, 26.01.2022</i> .....	4
3   <b>40 Jahre mächtig unter Druck</b> <i>die tageszeitung, 26.01.2022</i> .....	7



 ndr.de | 26.01.2022


 dpa

 WEBLINK

## Lubmin: Grüne fordern Untersuchung von Castoren im Zwischenlager

Weil sich die Suche nach einem deutschen Atommüll-Endlager hinzieht, werden Atommüll-Behälter voraussichtlich länger als die genehmigten 40 Jahre in den oberirdischen Zwischenlagern stehen. Das betrifft auch 74 Castoren mit hochradioaktivem Abfall im Lubminer Zwischenlager Nord in der Nähe von Greifswald. Die Grünen fordern nun genaue Untersuchungen der Behälter. Niemand wisse, ob Castoren über den genehmigten Zeitraum hinaus noch si-

cher sind, so der atompolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Hannes Damm. Seine Partei fordert deshalb die Einrichtung einer sogenannten Heißen Zelle in Lubmin, um zum Beispiel die Dichte eines Castorbehälters erforschen zu können. Das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen EWN**, das das Zwischenlager betreibt, habe das bislang nicht geplant, so **EWN**-Unternehmenssprecher Kurt Radloff. Castorbehälter seien bislang immer dicht geblieben.

 Freie Presse - Chemnitzer Zeitung | 26.01.2022 | S. 4

 Auflage: 37.698 | Reichweite: 104.788

 Oliver Hach

## DAS THEMA: DEUTSCHLAND, EUROPA UND DIE KERNENERGIE

# Atomkraft – nein danke?

*Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden und schaltet bis Jahresende seine letzten Kernkraftwerke ab. Die EU verkündet zugleich, sie wolle Kernenergie unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einstufen. Damit beginnt erneut eine Debatte: Könnten in Deutschland alte Atommeiler länger am Netz bleiben oder sogar neue gebaut werden? Reporter der „Freien Presse“ trafen einen Experten für Reaktorsicherheit in Dresden-Rossendorf, sprachen mit einem Fraunhofer-Wissenschaftler in Freiburg und analysieren die Lage in Europa und in der Welt.*

**Dresden** - Das Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf ist ein gigantischer Campus aus Büro- und Laborgebäuden am östlichen Ende der sächsischen Landeshauptstadt. Wer das Eingangsgebäude passiert, stößt nach wenigen Metern am Straßenrand auf eine löchrige Metallscheibe. Es ist das letzte Relikt der DDR-Atomforschung, Teil eines Wärmeübertragers aus dem Rossendorfer Forschungsreaktor, ein Denkmal zur Erinnerung an die „friedliche Nutzung der Kernenergie“. Der Forschungsreaktor war hier 1957 am Zentralinstitut für Kernforschung in Betrieb gegangen – 1991 wurde er abgeschaltet. Der Rückbau, einschließlich Abtransport der abgebrannten Brennstäbe ins Zwischenlager Ahaus und begleitet von Anti-Atomkraft-Protesten, dauerte 28 Jahre.

Als das Aus kam, hatte Sören Kliem gerade sein Kerntechnik-Studium abgeschlossen, das er 1986 in Moskau begonnen hatte. Ursprünglich, so erzählt er in seinem Büro im Helmholtz-Zentrum, wollte er als Ingenieur im Kernkraftwerk Greifswald an der Ostsee arbeiten. Das ist ebenfalls seit gut 30 Jahren Geschichte, auch wenn dort der Rückbau noch immer nicht abgeschlossen ist. Sören Kliem stellte sein Berufsleben in den Dienst einer Sache, die Deutschland heute nicht mehr will und die doch Wissenschaftler, Behörden und Politik weiter beschäftigt. Der 57-Jährige, seit 1995 in Rossendorf tätig und seit 2010 Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit, glaubt noch immer an den wirtschaftlichen Nutzen dieser Technologie, ja sogar an ihr Potenzial auf dem Weg Deutschlands zur Klimaneutralität. „Für mich ist Kernenergie nachhaltig“, sagt Kliem. Und: „Atom Müll ist auch kein Müll, der endgelagert werden müsste, sondern eine Ressource.“

Deutschland will raus aus der Atomkraft. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 wurde be-

schlossen, die letzten Reaktoren Ende 2022 abzuschalten. Lange Zeit rüttelte niemand an dieser Entscheidung, doch in jüngster Zeit gibt es Stimmen, die sich für eine Renaissance der Kernkraft oder zumindest einen Weiterbetrieb der verbliebenen Kernkraftwerke einsetzen. Im vergangenen Herbst forderten internationale Experten – von Umweltschützern über Politikwissenschaftler und Energieanalytiker bis zu Klimaforschern – in einem offenen Brief: „Liebes Deutschland, bitte lass die Kernkraftwerke am Netz.“ Ihre Begründung: Deutschland drohe sein Klimaziel für 2030 zu verpassen. Der Ausstieg aus der Atomkraft werde die CO<sub>2</sub>-Emissionen nur noch weiter erhöhen. Es half nichts: Am 31. Dezember wurden drei weitere Meiler abgeschaltet. Damit hat Deutschland von einst 19 Kernkraftwerken jetzt nur noch drei am Netz.

Sören Kliem kennt sie: das Kernkraftwerk Emsland in Niedersachsen, die Reaktorblöcke Neckarwestheim II in Baden-Württemberg und Isar II in Bayern. Sie entstanden als baugleiche Druckwasserreaktoren und gingen 1988 bzw. 1989 in Betrieb. Danach wurden Nachrüstungen auf unterschiedliche Weise vorgenommen, weil die einzelnen Bundesländer für Betrieb und Sicherheit zuständig sind. Die Reaktoren seien heute nicht mehr identisch, erklärt der Helmholtz-Experte. „Aber sie sind alle sicher.“ Seine Abteilung für Reaktorsicherheit kümmert sich heute um nukleare Sicherheits- und Endlagerforschung – staatlich gefördert mit internationalen Kooperationen. „Wir sollten einheitliche europäische Sicherheitsrichtlinien aufbauen“, sagt Sören Kliem. Er sei auch für ein europäisches Endlager.

Deutschlands letzte Atomkraftwerke bestehen aus Reaktoren der zweiten Generation. Bei Störfällen erfolgt eine Schnellabschaltung, die Kettenreaktion wird un-

terbrochen. Das Problem bleibt die Nachzerfallswärme, die abgeführt werden muss. Dazu gibt es je vier Dieselgeneratoren. Nach Fukushima, wo die Generatoren von Meerwasser überflutet wurden, bekam in Deutschland jedes Kraftwerk einen fünften mobilen Generator. „Die deutschen Kernkraftwerke haben einen der höchsten Sicherheitsstandards“, sagt Sören Kliem. Ihre Abschaltung zum Ende des Jahres hält er für einen schweren Fehler. Seine Vision lautete einst: „50 Prozent erneuerbare Energien, 50 Prozent Kernenergie – und wir wären ein CO<sub>2</sub>-neutrales Land.“ Nach Fukushima hätten sich die Bedingungen dafür grundlegend geändert, aber er stehe noch heute zu dieser Idee. „Ich bin der Meinung, dass wir die Erneuerbaren mit voller Kraft ausbauen sollen. Doch mit Kernkraft statt Kohle und Gas hätten wir sofort eine viel bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz.“

Der Rossendorfer Wissenschaftler hatte dazu selbst Berechnungen angestellt – mit Zahlen des Ökoinstituts, das nicht im Verdacht stehe, atomkraftfreundlich zu sein, wie er betont. Unter der Berücksichtigung, dass durch Kraftwerksbau und Uranabbau etwa 32 Gramm Kohlenstoffdioxid pro Kilowattstunde Atomstrom entstehen, kommt er zu dem Ergebnis: „Wären alle Kernkraftwerke am Netz geblieben und hätte Deutschland an deren Stelle ausschließlich Kohlekraftwerke abgeschaltet, würden wir pro Jahr mehr CO<sub>2</sub> einsparen als der gesamte Straßenverkehr verbraucht.“

Fakt ist: Wind und Sonne als Energiequellen allein werden mindestens für eine längere Übergangszeit nicht ausreichen, um den Strombedarf zu decken. Deutschland plant deshalb Gaskraftwerke. Auch diese verursachen viele Treibhausgase, sagt Sören Kliem. „Und ich bin mir nicht sicher, wie teuer das für die Stromkunden wird.“ Es sei hingegen nahezu problemlos möglich, die drei noch existierenden Kernkraftwerke am Netz zu lassen. Einzige Hürde: Die Lieferverträge mit der Brennelementefabrik Lingen im Emsland wurden gekündigt. Auch beim Verschleiß der Atomkraftwerke sieht der Rossendorfer Nuklearexperte kein Problem. Die Standardlaufzeit betrage 40 Jahre, bei den drei verbliebenen Anlagen also bis 2028/29. „Aber das ist keine feste Größe. In den USA wurden alle Kernkraftwerke auf 60 Jahre verlängert.“ Die Finnen planten das ebenfalls. „Die Haltbarkeit der Komponenten steht da nicht infrage.“

Während Deutschland nicht mehr an neuen Reaktoren forscht, werden in anderen Ländern die ersten Kernkraftwerke der dritten Generation gebaut. Die Reaktoren sind so konstruiert, dass sie sich bei Havarien selbst stabilisieren und ein Störfall auf die Anlage beschränkt bleibt. Das französische Unternehmen

Framatome hat – einst unter Beteiligung von Siemens – den Europäischen Druckwasserreaktor (EPR) entwickelt. In China sind bereits zwei EPR-Meiler am Netz, in Finnland ging am 21. Dezember 2021 der erste im Kernkraftwerk Olkiluoto in Betrieb. Im Juni 2022 soll er die volle Leistung erreichen. Sören Kliem erläutert das Sicherheitskonzept: „Wenn alles ausfällt und der Reaktor nicht mehr gekühlt wird, würde ein Core Catcher, ein Kernfänger, die Schmelze des Reaktorkerns unterhalb des Reaktors auffangen. Dazu gibt es einen Ausbreitungspool, wo die Schmelze auf großer Oberfläche erstarren kann.“

Bei allem technologischen Fortschritt: Der EPR-Reaktor in Finnland, das räumt auch der Helmholtz-Experte ein, sei aber noch kein gutes Beispiel für die Effizienz der neuen, dritten Generation von Atomkraftwerken. Aus geplanten vier Jahren Bauzeit wurden über 16 Jahre. Zudem explodierten die Kosten von zunächst 3 Milliarden auf über 12 Milliarden Euro. Der Rossendorfer Experte glaubt aber, dass das nicht so bleiben wird: „Finnland ist in Europa der erste EPR, der zweite wird nicht so lange gebaut.“ Man werde aus Fehlern lernen. In Finnland seien selbst die Grünen für die Kernenergie, weil Finnland das erste CO<sub>2</sub>-neutrale Land in der EU werden wolle. Ministerpräsidentin Sanna Marin sagte im vergangenen Jahr: „Uns ist jedoch bewusst, dass in Zukunft, also in den nächsten Jahrzehnten, Atomkraft nicht mehr Teil unseres Energiemixes sein wird. Aber bis wir die Erneuerbaren haben, ist es eine klimaneutrale Form von Energie.“

Atomkraft als Brückentechnologie? In Deutschland scheint das undenkbar. „Ein Politiker, der das fordert, wird sich einem riesigen Shitstorm ausgesetzt sehen“, vermutet Sören Kliem. Das gelte auch für eine mögliche Laufzeitverlängerung der verbliebenen Anlagen. Die gesamte etablierte Politik sei dagegen, auch die CDU unterstütze lediglich Kernforschung. „Selbst ehemalige Betreiber haben sich mental von der Kernkraft verabschiedet. Die wollen nicht dahin zurück, denn das ist viel zu unsicher.“

Prägend für diesen Kurs waren die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die Atomkraft. Die vielen Castor-Blockaden, der massive Widerstand gegen das Endlager in Gorleben, die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, die daraufhin nie fertig gebaut wurde – nach diesen historischen Erfahrungen, die freilich vor allem in Westdeutschland und kaum in der ehemaligen DDR gemacht wurden, sei ein Ausstieg vom Ausstieg unvorstellbar. „Ich halte es in Deutschland momentan für unmöglich, ein Kernkraftwerk zu bauen“, sagt Kliem. „Auf den Standort würden sich sofort alle Gegner fokussieren.“

Derzeit versucht in Deutschland allein die AfD, sich als Partei der Kernkraft zu profilieren. Im Bundestag und auch im Sächsischen Landtag brachte sie vergangenes Jahr entsprechende Anträge ein. Für die Initiative in Sachsen wurde Antonio Hurtado, Kernenergie-Professor an der TU Dresden, in den Landtag eingeladen. Sören Kliem berichtet, er habe dem Professor für die Anhörung zugearbeitet. Hurtado hatte damals der „Freien Presse“ gesagt, er sehe, anders als von der AfD behauptet, derzeit keine weltweite Renaissance der Kernkraft. Der Versuch, eine kerntechnische Anlage mit sehr viel Sicherheitstechnik zu versehen, führe automatisch zu hohen Kosten. Zum Agieren der AfD fragt sich Sören Kliem: „Macht das die AfD, weil sie CO2 einsparen will oder weil sie das Potenzial der Unzufriedenen in der Klimadebatte abschöpfen möchte?“

Die EU-Kommission will neben modernen Gaskraftwerken auch die Atomkraft unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einstufen. Am vergangenen Freitag schickte die Bundesregierung dazu ihre Stellungnahme nach Brüssel. Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck sowie Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) verdeutlichten noch einmal ihre strikte Ablehnung der Atomenergie: „Sie ist risikobehaftet und teuer; auch neue Konzepte wie Minireaktoren bringen ähnliche Probleme mit sich und können nicht als nachhaltig eingestuft werden.“

Genau diese Minireaktoren sieht Sören Kliem als „Game Changer“, der vieles verändern könnte. Die Idee des Small Modular Reactor: Kleine Anlagen statt Mega-Investitionen und lange Bauzeiten. Im ZDF kann man in der Dokumentation „Arctic Blue“ das schwimmende Kernkraftwerk „Akademik Lomonossow“ sehen, das Strom für Russlands nördlichste Stadt Pewek am Arktischen Ozean liefert und dort ein Kohlekraftwerk ersetzt. Nuklearexperte Kliem berichtet, 2029 solle in den USA ein Minireaktor der Firma Nu Scale betriebsreif sein. Und als erster EU-Staat hatte Estland vor einem Jahr mitgeteilt, man plane einen Minireaktor. „Ich glaube an diese Technologie, wenn der erste Small Modular Reactor in einem westlichen Land lizenziert ist“, sagt Sören Kliem.

Was bleibt, ist der Atommüll. Allein aus Deutschland müssen mehr als 10.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle sicher gelagert werden – für 200.000 bis 300.000

Jahre. Nach dem Standortauswahlgesetz muss bis 2031 ein Endlager gefunden sein. Sören Kliem beklagt, die Politik drücke sich um die Verantwortung: „Der Gesetzgeber hat die Klärung in eine Zeit verschoben, in der er selbst nicht mehr an der Macht ist.“ Finnland baut auf der Ostseeinsel Olkiluoto neben seinem EPR-Reaktor als erstes Land weltweit bereits an einem atomaren Endlager. 2024 soll es fertig sein, es liegt im Granit. Deutschland, so Sören Kliem, leiste sich den Luxus und forsche zu Salz, Granit und Ton. „Ich halte Endlagerung im Salz in Deutschland für die beste Option“, sagt er. Gorleben sei da schon weit entwickelt worden.

Interessanter als eine Endlagerung sei jedoch die Umwandlung der hochradioaktiven Abfälle. „Langlebige Zerfallsprodukte werden in kurzlebige gespalten, dabei wird Strom erzeugt. Die Belgier arbeiten daran“, berichtet Kliem. Daher vertrete er auch die Ansicht, dass Atommüll eben kein Müll, sondern eine Ressource sei. Den größten Teil des Materials könne man künftig so verändern, dass es nur noch 300 Jahre strahlen würde. Dafür jedoch bräuchte man völlig neue Kernkraftwerke – die der vierten Generation. „Das ist allerdings eine Technologie, die noch entwickelt werden muss.“ Wie lange hier schon geforscht wird, zeigt eine Jahreszahl: Das Generation IV International Forum, in dem heute ein Dutzend Länder zusammenarbeiten, wurde 2001 gegründet.

Die Energiewende aber, darin sind sich Wissenschaft und Politik einig, duldet keinen Aufschub. Der von der Bundesregierung geplante Zubau bei Windkraft an Land und auf See sowie bei der Fotovoltaik bis 2030 entspreche mehr als 30 neuen Kernkraftwerken, hat Professor Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg errechnet. Sein Fazit: „Eine schnelle Senkung der CO2-Emissionen gelingt nur mit erneuerbaren Energien.“ Er verweist auf technische Probleme mit dem EPR-Reaktor Taishan 1 in China, auch bei Flamanville 3 in Frankreich verzögere sich die Inbetriebnahme. Und in Großbritannien werde Hinkley Point C ab geplant 2026/2027 nur mit massiven staatlichen Zuschüssen laufen; die garantierte Einspeisevergütung für 35 Jahre sei dort fast doppelt so hoch wie die für Solaranlagen in Deutschland. Der Fraunhofer-Experte sagt zur Lage in Deutschland: „Die Kernenergie ist tot – und sie wird auch nie mehr zum Leben erweckt.“



die tageszeitung | 26.01.2022 | S. 9

Auflage: 51.715 | Reichweite: 285.528

Reimar Paul

## 40 Jahre mächtig unter Druck

**Am 26. Januar 1982 begann der Bau des Gorlebener Atommüllzwischenlagers. Atomkraftgegner:innen reagierten mit der Besetzung eines Zipfels DDR. Bis heute gibt es für den radioaktiven Abfall kein Endlager**

Das Wort Zwischenlager nehmen die Atomkraftgegner:innen im Wendland nicht in den Mund, wenn sie über die wuchtige Betonhalle sprechen, die zwei Kilometer hinter dem Dorf Gorleben auf einer gerodeten Fläche im Kiefernwald liegt. „Kartoffelscheune“ – so nennen sie den fensterlosen Bau. Doch wird darin kein Gemüse gelagert, sondern hochradioaktiver Atommüll. 113 Castorbehälter warten auf den Weitertransport in ein Endlager, das noch nicht gefunden ist. Vor 40 Jahren, am 26. Januar 1982, begann der Bau des Gorlebener Atommüllzwischenlagers. Unter starkem Polizeischutz fuhren am Morgen jenes Tages die ersten Lastwagen auf das mit Stacheldrahtrollen umzäunte zehn Hektar große Gelände.

„Die Atomwirtschaft stand mächtig unter Druck, denn der Betrieb der Atomkraftwerke wurde damals an einen Entsorgungsnachweis gekoppelt“, erklärt die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. „Mit dem Baubeginn war dieser Nachweis erfüllt – zumindest auf dem Papier.“ Der Lüchow-Dannemberger Kreistag, die Samtgemeinde Gartow und die Gemeinde Gorleben hatten den Bau im Sommer 1981 durchgewunken. Schließlich brachte die Zustimmung zum Zwischenlager „Infrastrukturhilfen“ in Millionenhöhe. Bereits kurz nach der Umzäunung des Geländes erhielten die Kommunen eine Zuwendung von fünf Millionen Mark, anschließend jährlich eine Million Mark. Zwar hatten 2.000 Einwohner Einwände gegen den Flächennutzungs- und der Bebauungsplan erhoben, diese blieben aber unberücksichtigt.

AKW-Gegner:innen aus dem Wendland reagierten einen Tag nach dem Baubeginn und sorgten bei Polizei und Behörden in der Bundesrepublik und der DDR für eine veritable Überraschung. Bewaffnet mit Transparenten und bunten Fahnen überquerten rund 80 Frauen, Männer und Kinder nahe der Ortschaft Kapern die Demarkationslinie und liefen weiter auf das Territori-

um der DDR. Direkt vor der Grenzfestigung ließen sie sich auf mitgebrachten Strohhallen nieder und entzündeten ein Lagerfeuer. Der etwas später eintreffende Bundesgrenzschutz (BGS) konnte nur zuschauen. Er durfte das Gebiet der DDR nicht betreten, um die Demonstrant:innen abzuräumen. Die Aufforderung der BGS-Beamten, das Areal zu verlassen, konterten die Grenzbesetzer:innen mit der Parole „Erst Baustopp – dann kommen wir zurück!“ Gegenüber den Grenztruppen der DDR stellten sie per Megafon klar, dass ihr Protest „nicht gegen die DDR gerichtet“ sei, sondern gegen die Atomenergie. Einige sangen „Die Internationale“.

Die DDR-Grenzer ihrerseits wussten offensichtlich nicht, wie sie reagieren sollten. Jedenfalls schritten sie nicht gegen die Atomgegner:innen ein. Und lehnten das Angebot des BGS ab, die Besetzung zu beenden, wenn unbewaffneten Beamten aus dem Westen Zugang zu dem besetzten Territorium gewährt würde. Einen Tag später beendeten die Besetzer:innen von sich aus ihre Aktion. Sie hatten „die erste Antikernkraftdemonstration auf dem Boden der DDR“ veranstaltet, wie der Deutschlandfunk berichtete.

Der Coup hatte Gorleben mal wieder in die großen Nachrichten gebracht. Der Bau des Zwischenlagers aber ging weiter, weitere Proteste konnten die Arbeiten nur kurzzeitig stoppen. Am 4. September 1982 folgten 10.000 Menschen dem Aufruf zum Musikfestival „Tanz auf dem Vulkan“. Im Wald hinter der Baustelle kam es zu stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Durch den Einsatz neuer Hochdruckwasserwerfer wurden mehrere Menschen schwer verletzt, harte Polizeiknüppel verursachten etliche Knochenbrüche und Prellungen. Ende 1983 war das Zwischenlager fertig. Es ist 189 Meter lang, 38 Meter breit und 22 Meter hoch und hat 420 Stellplätze für Castorbehälter. „Der Name ‚Kartof-

felscheune' ist damals schnell entstanden“, erinnert sich BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Die Halle heißt so, weil sie lediglich Schutz vor schlechtem Wetter bietet.“ Nur die Castorbehälter selbst sollten Schutz vor der Strahlung oder Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen garantieren. Die Wände des Zwischenlagers seien zum Teil dünner als 50 Zentimeter. Im April 1995 rollte der erste Castortransport nach Gorleben – er traf auf seinem Weg ins Zwischenlager auf heftigen Widerstand. Rund 15.000 Einsatzkräfte von Polizei und BGS sicherten die Fuhre, Schlagstöcke und Wasserwerfer kamen zum Einsatz – Szenen, die sich so oder ähnlich bei allen späteren Transporten wiederholen sollten. Der 13. und letzte Castortransport ins Wendland im November 2011 brach alle Rekorde. 126 Stunden war der Zug von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben unterwegs, so lange wie nie ein Transport zuvor. Mehr als 100 Blockaden mit Tausenden Aktivisten verzögerten immer wieder die Weiterfahrt. Auch die Kosten erreichten eine neue Höchstmarke. Der damalige niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) veranschlagte die Belastung für die Landeskasse mit etwa 33,5 Millionen Euro.

Der Atommüll im Gorleben-Zwischenlager sollte, so sahen es die früheren Pläne vor, eines Tages von den Castoren in kleinere „Pollux“-Behälter umgepackt und in das ein paar Hundert Meter entfernte Endlager verfrachtet werden. Der unterirdische Gorlebener Salzstock wurde seit 1979 als einziger Standort auf seine Eignung als dauerhafte Lagerstätte untersucht. Unter dem Deckmantel der Erkundung entstand ein fast fertiges Endlager. Geologisch umstritten und politisch umkämpft flog Gorleben erst im September 2020 aus dem 2017 neu gestarteten Suchverfahren. Es war ein großer Erfolg für die Anti-Atom-Bewegung.

Auch der Rückbau des Erkundungsbergwerks und die Zuschüttung der Schächte ist inzwischen beschlossene Sache. Die 113 Castoren mit heißem Atomschrott stehen immer noch im Zwischenlager. Die Betriebsgenehmigung der „Kartoffelscheune“ ist bis zum 31. Dezember 2034 befristet. Ein Endlager wird bis dahin auf keinen Fall betriebsbereit sein. Die Zwischenlagerung der Castorbehälter in Gorleben dürfte also weit über 2034 hinaus andauern. Die Atomkraftgegner:innen im Wendland wollen weiter wachsam bleiben.